

Die neue Wirtschaftspolitik.

Ein Vortrag Dr. August Müllers.

Ueber die Wirtschaftspolitik im neuen Deutschland sprach gestern abends in der Aula der Handelshochschule der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Dr. August Müller vor Mitgliedern des Deutschen Industrie- und Handelstages, des Deutschen Industriekongresses, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und der Berliner Handelskammer. Den Vorsitz führte Geh. Staatsrat a. D. Budde.

Dr. Müller bekannte sich trotz der furchtbaren Schwierigkeiten des Augenblicks zum Optimismus, denn je schlimmer der Frieden sein werde, den unsere Feinde uns wahrscheinlich ausbilden werden, desto härter würde schließlich die Gegenströmung sein. Das Heil der Welt liege im Sozialismus als Erben dieser Zeit. Wirtschaftspolitisch müsse werden, eine möglichst hohe Ertragssteigerung der Arbeit zu erreichen. Ob der Achtstundentag beibehalten werden könne, lasse sich im Augenblick nicht entscheiden, er werde aber in solchen Industrien fallen müssen, deren Konkurrenzfähigkeit dem Auslande gegenüber durch ihn beeinträchtigt werde. Es gebe allerdings Industriezweige, bei denen ein Ertragsmaximum auch beim Achtstundentag erreicht werden könne. Für diese Betriebe ist er die gegebene Arbeitszeit. Zunächst müsse der deutsche Kaufmann aber damit rechnen, daß der Achtstundentag durch Gesetz eingeführt worden sei. Wie sich auch die Entwicklung gestalten möge, einer sinnlosen Ausnutzung der Arbeitskraft wird keiner das Wort reden wollen.

Der Staatssekretär streifte dann den Sozialisierungsgedanken und betonte, daß er kein Mittelstandstäter sei. Mancher kleine Betrieb könne rationeller arbeiten als ein großer. Die innere Kolonisation müsse von dem Standpunkt betrachtet werden, daß durch das Verschlagen von Domänen usw. Mittel- und Kleinbetriebe erleichtert werden können, in denen die Steigerung des Ertrages der Landwirtschaft zu erwarten sein wird. Dabei spreche auch das finanzielle Interesse des Reiches mit, denn die staatlichen Stickstoffwerke erzeugen mehr, als zurzeit im Inlande verbraucht werden könne. An eine Ausfuhr könne aber nicht gedacht werden, da der Stickstoff bei normalen Frachtsätzen dem Chile-Salpeter gegenüber nicht konkurrenzfähig sei.

Der Staatssekretär erwähnte dann ferner die beabsichtigte Bewertung der elektrischen Energiequellen durch den Staat und die Förderung des Genossenschaftswesens, die nicht durch finanzielle Beihilfen, sondern durch Aufmunterungen mit staatlichen Behörden erfolgen soll. Das Wirtschaftsleben müsse freigehalten werden von jeder Bürokratie. Man wird innerhalb des sozialistischen Systems nach Formen suchen müssen, die den Wirtschaftszweigen die Selbstverwaltung ermöglichen. Das Räte-System werden wir nicht mehr los werden, es muß also in das Wirtschaftsleben so eingeschaltet werden, daß es nicht schädlich, sondern nützlich ist. Der Einfluß des Arbeiters muß da erhalten bleiben, wo er das Wirtschaftsleben befruchtet.

Die heut auf morgen sozialisieren wollen, denken nicht daran, daß wir ein armes verarmendes Volk sind, dessen Produktionsverhältnisse verwahrlost sind. Sozialisiert kann nur werden, wenn sich der Ertrag steigern läßt, sonst müssen andere Formen staatlicher Einflüsse gesucht werden. Der Arbeitsertrag muß gerecht verteilt werden und die Einkünfte der Rentenbezieher und Unternehmer sollen allmählich gekürzt werden, während andererseits der Anteil der Arbeiter und des Staates steigen soll.

Im Laufe seiner Ausführungen machte der Staatssekretär u. a. davon Mitteilung, daß die Kaliwerke im Elsaß von den Franzosen kräftig ausgebeutet würden. Die deutschen Arbeiter müßten täglich zehn Stunden frohnden und erhalten für die Stunde 35 Pf. Als sie sich weigerten, unter diesen Bedingungen zu arbeiten, wurden sie von fauligen Franzosen gar Arbeit getrieben. Im besetzten Gebiet sind die Feinde in unsere großen heimischen Werke eingedrungen und versuchen hinter das Geheimnis der deutschen Rezepte zu kommen.